



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Vorab per E-Mail**  
Oberste Finanzbehörden  
der Länder

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-0

E-MAIL [poststelle@bmf.bund.de](mailto:poststelle@bmf.bund.de)

DATUM 23. Juni 2011

**- Verteiler U 1 -**

**- E-Mail-Verteiler U 2 -**

BETREFF **Umsatzsteuer;**  
**Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 7 Satz 1 Buchst. b bis d UStG; Nachweis der im**  
**Gastmitgliedstaat geltenden Voraussetzungen (§ 4 Nr. 7 Satz 5 UStG)**

BEZUG BMF-Schreiben vom 17. Mai 2011  
- IV D 3 - S 7158-b/11/10001 (2011/0378366) -

ANLAGEN 3

GZ **IV D 3 - S 7158-b/11/10001**  
DOK **2011/0502963**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

**1. Neubekanntmachung des Vordruckmusters der Bescheinigung gemäß § 4 Nr. 7 Satz 5**  
**UStG**

Nach § 4 Nr. 7 Satz 3 UStG ist die Steuerbefreiung der Umsätze an die in § 4 Nr. 7 Satz 1 Buchstaben b bis d UStG genannten Einrichtungen und Personen von den in dem Gastmitgliedstaat geltenden Voraussetzungen abhängig. Der Unternehmer muss dies durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Gastmitgliedstaates (bzw. durch eine von der begünstigten Einrichtung selbst ausgestellte Bescheinigung) nach amtlich vorgeschriebenem Muster nachweisen.

In Artikel 51 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 des Rates vom 15. März 2011 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (sog. MwStSystRL-DVO, ABl. EU Nr. L 77 Seite 1) ist festgelegt, dass in den Fällen, in denen der Leistungsempfänger innerhalb der Gemeinschaft, aber nicht in dem Mitgliedstaat der Lieferung oder Dienstleistung ansässig ist, die Bescheinigung über die Befreiung von der Mehrwertsteuer und/oder der Verbrauchsteuer nach dem Muster in

Anhang II dieser Verordnung entsprechend den Erläuterungen im Anhang zu dieser Bescheinigung als Bestätigung dafür dient, dass der Umsatz nach Artikel 151 MwStSystRL von der Steuer befreit werden kann. Die Bescheinigung wird von den zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats - vorbehaltlich der Fälle, in denen eine Freistellung von dieser Verpflichtung erfolgte - mit einem Dienststempelabdruck versehen.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder wird das für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung mit BMF-Schreiben vom 30. April 1997 - IV C 4 - S 7158 b - 1/97 - (BStBl I Seite 569) bekannt gemachte Vordruckmuster der Bescheinigung hiermit durch das (in deutscher, englischer und französischer Sprache) beigefügte Muster nach Anhang II der MwStSystRL-DVO (Anlagen) ersetzt.

Das Muster ist für Umsätze anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2011 bewirkt werden.

## 2. Änderung von Abschnitt 4.7.1 Absatz 6 Satz 6 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder wird Abschnitt 4.7.1 Absatz 6 Satz 6 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses vom 1. Oktober 2010, der zuletzt durch das BMF-Schreiben vom 22. Juni 2011 - IV D 2 - S 7303-b/10/10001 :001 (2011/0467333) -, BStBl I S. xxx, geändert worden ist, wie folgt gefasst:

„Für die von der zuständigen Behörde des Gastmitgliedstaates zu erteilende Bestätigung bzw. die Eigenbestätigung der begünstigten Einrichtung ist ein Vordruck nach amtlich vorgeschriebenem Muster zu verwenden (**vgl. BMF-Schreiben vom 23. Juni 2011, BStBl I S. xxx, und Artikel 51 i. V. m. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011, ABl. EU 2011 Nr. L 77 S. 1.**)“

Diese Regelung ist auf Umsätze anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2011 bewirkt werden.

Dieses Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht.

Im Auftrag

<b>Laufende Nummer (nicht zwingend):</b>		
<b>1. ANTRAGSTELLENDEN EINRICHTUNG BZW. PRIVATPERSON</b>		
Bezeichnung/Name		
Straße, Hausnummer		
Postleitzahl, Ort		
(Aufnahme-)Mitgliedstaat		
<b>2. FÜR DAS ANBRINGEN DES DIENSTSTEMPELS ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE (BEZEICHNUNG, ANSCHRIFT UND RUFNUMMER)</b>		
<b>3. ERKLÄRUNG DER ANTRAGSTELLENDEN EINRICHTUNG ODER PRIVATPERSON</b>		
Der Antragsteller (Einrichtung/Privatperson) <sup>(1)</sup> erklärt hiermit,		
a) dass die in Feld 5 genannten Gegenstände und/oder Dienstleistungen bestimmt sind <sup>(2)</sup>		
<input type="checkbox"/> für amtliche Zwecke <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> einer ausländischen diplomatischen Vertretung</li> <li><input type="checkbox"/> einer ausländischen berufskonsularischen Vertretung</li> <li><input type="checkbox"/> einer europäischen Einrichtung, auf die das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union Anwendung findet.</li> <li><input type="checkbox"/> einer internationalen Organisation</li> <li><input type="checkbox"/> der Streitkräfte eines der NATO angehörenden Staates</li> <li><input type="checkbox"/> der auf Zypern stationierten Streitkräfte des Vereinigten Königreichs</li> </ul>	<input type="checkbox"/> zur privaten Verwendung durch <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> einen Angehörigen einer ausländischen diplomatischen Vertretung</li> <li><input type="checkbox"/> einen Angehörigen einer ausländischen berufskonsularischen Vertretung</li> <li><input type="checkbox"/> einen Bediensteten einer internationalen Organisation</li> </ul>	(Bezeichnung der Einrichtung – siehe Feld 4)
b) dass die in Feld 5 genannten Gegenstände und/oder Dienstleistungen mit den Bedingungen und Beschränkungen vereinbar sind, die in dem in Feld 1 genannten Aufnahmemitgliedstaat für die Freistellung gelten, und		
c) dass die obigen Angaben richtig und vollständig sind.		
Der Antragsteller (Einrichtung/Privatperson) verpflichtet sich hiermit, an den Mitgliedstaat, aus dem die Gegenstände versandt wurden oder von dem aus die Gegenstände geliefert oder die Dienstleistungen erbracht wurden, die Mehrwertsteuer und/oder Verbrauchsteuer zu entrichten, die fällig wird, falls die Gegenstände und/oder Dienstleistungen die Bedingungen für die Befreiung nicht erfüllen oder nicht für die beabsichtigten Zwecke verwendet werden bzw. nicht den beabsichtigten Zwecken dienen.		
		Name und Stellung des Unterzeichnenden
Ort, Datum	Unterschrift	
<b>4. DIENSTSTEMPEL DER EINRICHTUNG (bei Freistellung zur privaten Verwendung)</b>		
Ort, Datum	Dienststempel	Name und Stellung des Unterzeichnenden  Unterschrift

**5. BEZEICHNUNG DER GEGENSTÄNDE UND/ODER DIENSTLEISTUNGEN, FÜR DIE DIE BEFREIUNG VON DER MEHRWERTSTEUER UND/ODER VERBRAUCHSTEUER BEANTRAGT WIRD**

A. Angaben zu dem Unternehmer/zugelassenen Lagerinhaber

1) Name und Anschrift:

2) Mitgliedstaat

3) Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer oder Steuerregisternummer/Verbrauchssteuernummer

B. Angaben zu den Gegenständen und/oder Dienstleistungen:

Nr.	Ausführliche Beschreibung der Gegenstände und/oder Dienstleistungen <sup>(3)</sup> (oder Verweis auf beigefügten Bestellschein)	Menge oder Anzahl	Preis ohne Mehrwertsteuer oder Verbrauchsteuer		Währung
			Preis pro Einheit	Gesamtpreis	
Gesamtbetrag					

**6. BESCHEINIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE(N) DES AUFNAHMEMITGLIEDSTAATES**

Die Versendung/Lieferung bzw. Erbringung der in Feld 5 genannten Gegenstände und/oder Dienstleistungen entspricht

in vollem Umfang  in folgendem Umfang (Menge bzw. Anzahl)<sup>(4)</sup>

den Bedingungen für die Befreiung von der Mehrwertsteuer und/oder Verbrauchsteuer.

Name und Stellung des Unterzeichnenden

Ort, Datum

Dienststempel

Unterschrift

**7. VERZICHT AUF ANBRINGUNG DES DIENSTSTEMPELABDRUCKS IN FELD 6 (nur bei Freistellung für amtliche Zwecke)**

Mit Schreiben Nr.

vom

wird für

Bezeichnung der antragstellenden Einrichtung:

auf die Anbringung des Dienststempelabdrucks in Feld 6 durch

Bezeichnung der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaates

verzichtet.:

Name und Stellung des Unterzeichnenden

Ort, Datum

Dienststempel

Unterschrift

- (\*) Je nach Fall streichen.
- (1) Nichtzutreffendes streichen.
- (2) Zutreffendes ankreuzen.
- (3) Nicht benutzte Felder durchstreichen. Dies gilt auch, wenn ein Bestellschein beigefügt ist.
- (4) Gegenstände und/oder Dienstleistungen, für die keine Befreiung gewährt werden kann, sind in Feld 5 oder auf dem Bestellschein durchzustreichen.

## Erläuterungen

1. Dem Unternehmer und/oder zugelassenen Lagerinhaber dient diese Bescheinigung als Beleg für die Steuerbefreiung von Gegenständen oder Dienstleistungen, die an Einrichtungen bzw. Privatpersonen im Sinne von Artikel 151 der Richtlinie 2006/112/EG und Artikel 13 der Richtlinie 2008/118/EG versendet und/oder geliefert werden. Dementsprechend ist für jeden Lieferer/Lagerinhaber eine Bescheinigung auszufertigen. Der Lieferer/Lagerinhaber hat die Bescheinigung gemäß den in seinem Mitgliedstaat geltenden Rechtsvorschriften in seine Buchführung aufzunehmen.
2.
  - a) Die allgemeinen Hinweise hinsichtlich des zu verwendenden Papiers und der Abmessungen der Felder sind dem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* C 164 vom 1.7.1989, S. 3, zu entnehmen.  
  
Für alle Exemplare ist weißes Papier im Format 210 × 297 mm zu verwenden, wobei in der Länge Abweichungen von - 5 bis + 8 mm zulässig sind.  
  
Bei einer Befreiung von der Verbrauchsteuer ist die Befreiungsbescheinigung in zwei Exemplaren auszufertigen:
    - eine Ausfertigung für den Versender;
    - eine Ausfertigung, die die Bewegungen der der Verbrauchsteuer unterliegenden Produkte begleitet.
  - b) Nicht genutzter Raum in Feld 5B ist so durchzustreichen, dass keine zusätzlichen Eintragungen vorgenommen werden können.
  - c) Das Dokument ist leserlich und in dauerhafter Schrift auszufüllen. Löschungen oder Überschreibungen sind nicht zulässig. Die Bescheinigung ist in einer vom Aufnahmemitgliedstaat anerkannten Sprache auszufüllen.
  - d) Wird bei der Beschreibung der Gegenstände und/oder Dienstleistungen (Feld 5 Buchstabe B der Bescheinigung) auf einen Bestellschein Bezug genommen, der nicht in einer vom Aufnahmemitgliedstaat anerkannten Sprache abgefasst ist, so hat der Antragsteller (Einrichtung/Privatperson) eine Übersetzung beizufügen.
  - e) Ist die Bescheinigung in einer vom Mitgliedstaat des Lieferers/Lagerinhabers nicht anerkannten Sprache verfasst, so hat der Antragsteller (Einrichtung/Privatperson) eine Übersetzung der Angaben über die in Feld 5 Buchstabe B aufgeführten Gegenstände und Dienstleistungen beizufügen.
  - f) Unter einer anerkannten Sprache ist eine der Sprachen zu verstehen, die in dem betroffenen Mitgliedstaat amtlich in Gebrauch ist, oder eine andere Amtssprache der Union, die der Mitgliedstaat als zu diesem Zwecke verwendbar erklärt.
3. In Feld 3 der Bescheinigung macht der Antragsteller (Einrichtung/Privatperson) die für die Entscheidung über den Freistellungsantrag im Aufnahmemitgliedstaat erforderlichen Angaben.
4. In Feld 4 der Bescheinigung bestätigt die Einrichtung die Angaben in den Feldern 1 und 3 Buchstabe a des Dokuments und bescheinigt, dass der Antragsteller – wenn es sich um eine Privatperson handelt – Bediensteter der Einrichtung ist.
5.
  - a) Wird (in Feld 5 Buchstabe B der Bescheinigung) auf einen Bestellschein verwiesen, so sind mindestens Bestelldatum und Bestellnummer anzugeben. Der Bestellschein hat alle Angaben zu enthalten, die in Feld 5 der Bescheinigung genannt werden. Muss die Bescheinigung von der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaates abgestempelt werden, so ist auch der Bestellschein abzustempeln.
  - b) Die Angabe der in Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung Nr. 2073/2004 des Rates vom 16. November 2004 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern genannten Registriernummer ist nicht zwingend; die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer oder die Steuerregisternummer ist anzugeben.
  - c) Währungen sind mit den aus drei Buchstaben bestehenden Codes der internationalen ISO 4217-Norm zu bezeichnen, die von der Internationalen Normenorganisation festgelegt wurde<sup>1</sup>.
6. Die genannte Erklärung einer antragstellenden Einrichtung/Privatperson ist in Feld 6 durch die Dienststempel der zuständigen Behörde(n) des Aufnahmemitgliedstaates zu beglaubigen. Diese Behörde(n) kann/können die Beglaubigung davon abhängig machen, dass eine andere Behörde des Mitgliedstaats zustimmt. Es obliegt der zuständigen Steuerbehörde, eine derartige Zustimmung zu erlangen.
7. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann die zuständige Behörde darauf verzichten, von einer Einrichtung, die eine Befreiung für amtliche Zwecke beantragt, die Erlangung des Dienststempels zu fordern. Die antragstellende Einrichtung hat diese Verzichtserklärung in Feld 7 der Bescheinigung anzugeben.

---

<sup>1</sup> Die Codes einiger häufig benutzter Währungen lauten: EUR (Euro), BGN (Leva), CZK (Tschechische Kronen), DKK (Dänische Kronen), GBP (Pfund Sterling), HUF (Forint), LTL (Litai), PLN (Zloty), RON (Rumänische Lei), SEK (Schwedische Kronen), USD (US-Dollar).

<b>Serial No (optional):</b>		
<b>1. ELIGIBLE BODY/INDIVIDUAL</b>		
Designation/name		
Street and No		
Postcode, place		
(Host) Member State		
<b>2. COMPETENT AUTHORITY RESPONSIBLE FOR STAMPING (name, address and telephone number)</b>		
<b>3. DECLARATION BY THE ELIGIBLE BODY OR INDIVIDUAL</b>		
The eligible body or individual <sup>(1)</sup> hereby declares		
(a) that the goods and/or services set out in box 5 are intended <sup>(2)</sup>		
<input type="checkbox"/> For the official use of <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> foreign diplomatic mission</li> <li><input type="checkbox"/> foreign consular representation</li> <li><input type="checkbox"/> a European body to which the Protocol on the privileges and immunities of the European Union applies</li> <li><input type="checkbox"/> an international organisation</li> <li><input type="checkbox"/> the armed forces of a State being a party to the North Atlantic Treaty (NATO force)</li> <li><input type="checkbox"/> the armed forces of the United Kingdom stationed in the island of Cyprus</li> </ul>	<input type="checkbox"/> For the personal use of <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> a member of a foreign diplomatic mission</li> <li><input type="checkbox"/> a member of a foreign consular representation</li> <li><input type="checkbox"/> a staff member of an international organisation</li> </ul>	(designation of the institution) (see box 4)
(b) that the goods and/or services described at box 5 comply with the conditions and limitations applicable to the exemption in the host Member State mentioned in box 1, and		
(c) that the information above is furnished in good faith.		
The eligible body or individual hereby undertakes to pay to the Member State from which the goods were dispatched or from which the goods and/or services were supplied, the VAT and/ or excise duty which would be due if the goods and/or services did not comply with the conditions of exemption, or if the goods and/or services were not used in the manner intended.		
	Name and status of signatory	
Place, date	Signature	
<b>4. STAMP OF THE BODY (in case of exemption for personal use)</b>		
Place, date	Stamp	Name and status of signatory
		Signature

**5. DESCRIPTION OF THE GOODS AND/OR SERVICES, FOR WHICH THE EXEMPTION FROM VAT AND/OR EXCISE DUTY IS REQUESTED**

A. Information concerning the supplier/authorised warehousekeeper

(1) Name and address:

(2) Member State

(3) VAT/excise number or tax reference number

B. Information concerning the goods and/or services:

No	Detailed description of the goods and/or services <sup>(3)</sup> (or reference to the attached order form)	Quantity or number	Value excluding VAT and excise duty		Currency
			Value per unit	Total value	
Total amount					

**6. CERTIFICATION BY THE COMPETENT AUTHORITIES OF THE HOST MEMBER STATE**

The consignment/supply of goods and/or services described in box 5 meets:

totally  up to a quantity of (number)<sup>(4)</sup>

the conditions for exemption from VAT and/or excise duty

Name and status of signatory

Place, date

Stamp

Signature

**7. PERMISSION TO DISPENSE WITH THE STAMP UNDER BOX 6 (only in case of exemption for official use)**

By letter No:

Dated:

Designation of eligible institution:

Is by

Competent authority in host Member State:

Dispensed from the obligation under box 6 to obtain the stamp

Name and status of signatory

Place, date

Stamp

Signature

- (\*) Delete as appropriate.
- (1) Delete as appropriate.
- (2) Place a cross in the appropriate box.
- (3) Delete space not used. This obligation also applies if order forms are attached.
- (4) Goods and/or services not eligible should be deleted in box 5 or on the attached order form.

## Explanatory notes

1. For the supplier and/or the authorised warehousekeeper, this certificate serves as a supporting document for the tax exemption of the supplies of goods and services or the consignments of goods to the eligible bodies/individuals referred to in Article 151 of Directive 2006/112/EC and Article 13 of Directive 2008/118/EC. Accordingly, one certificate shall be drawn up for each supplier/warehousekeeper. Moreover, the supplier/warehousekeeper is required to keep this certificate as part of his records in accordance with the legal provisions applicable in his Member State.
2. (a) The general specification of the paper to be used is as laid down in the *Official Journal of the European Communities* C 164 of 1.7.1989, p. 3.  
  
The paper is to be white for all copies and should be 210 millimetres by 297 millimetres with a maximum tolerance of 5 millimetres less or 8 millimetres more with regard to their length.  
  
For an exemption from excise duty the exemption certificate shall be drawn up in duplicate:
  - one copy to be kept by the consignor;
  - one copy to accompany the movement of the products subject to excise duty.
- (b) Any unused space in box 5.B. is to be crossed out so that nothing can be added.
- (c) The document must be completed legibly and in a manner that makes entries indelible. No erasures or overwriting are permitted. It shall be completed in a language recognised by the host Member State.
- (d) If the description of the goods and/or services (box 5.B of the certificate) refers to a purchase order form drawn up in a language other than a language recognised by the host Member State, a translation must be attached by the eligible body/individual.
- (e) On the other hand, if the certificate is drawn up in a language other than a language recognised by the Member State of the supplier/warehousekeeper, a translation of the information concerning the goods and services in box 5.B must be attached by the eligible body/individual.
- (f) A recognised language means one of the languages officially in use in the Member State or any other official language of the Union which the Member State declares can be used for this purpose.
3. By its declaration in box 3 of the certificate, the eligible body/individual provides the information necessary for the evaluation of the request for exemption in the host Member State.
4. By its declaration in box 4 of the certificate, the body confirms the details in boxes 1 and 3(a) of the document and certifies that the eligible individual is a staff member of the body.
5. (a) The reference to the purchase order form (box 5.B of the certificate) must contain at least the date and order number. The order form should contain all the elements that figure at box 5 of the certificate. If the certificate has to be stamped by the competent authority of the host Member State, the order form shall also be stamped.
- (b) The indication of the excise identification number as defined in Article 22(2)(a) of Council Regulation (EC) No 2073/2004 of 16 November 2004 on administrative cooperation in the field of excise duties is optional; the VAT identification number or tax reference number must be indicated.
- (c) The currencies should be indicated by means of a three-letter code in conformity with the ISO code 4217 standard established by the International Standards Organisation<sup>1</sup>.
6. The abovementioned declaration by the eligible body/individual; shall be authenticated at box 6 by the stamp of the competent authority of the host Member State. That authority can make its approval dependent on the agreement of another authority in its Member State. It is up to the competent tax authority to obtain such an agreement.
7. To simplify the procedure, the competent authority can dispense with the obligation on the eligible body to ask for the stamp in the case of exemption for official use. The eligible body should mention this dispensation at box 7 of the certificate.

---

<sup>1</sup> As an indication, some codes relating to currencies currently used: EUR (euro), BGN (lev), CZK (Czech koruna), DKK (Danish krone), GBP (pound sterling), HUF (forint), LTL (litas), PLN (zloty), RON (Romanian leu), SEK (Swedish krona), USD (United States dollar).

<b>Numéro de série (facultatif):</b>		
<b>1. ORGANISME/PARTICULIER EXONÉRABLE</b>		
Nom		
Adresse (rue, n°)		
Code postal, localité		
État membre (d'accueil)		
<b>2. AUTORITÉ COMPÉTENTE POUR L'APPOSITION DU CACHET (nom, adresse, numéro de téléphone)</b>		
<b>3. DÉCLARATION DE L'ORGANISME OU DU PARTICULIER EXONÉRABLE</b>		
Par la présente, l'organisme ou le particulier <sup>(1)</sup> exonérable déclare:		
a) que les biens et/ou les services énumérés à la case 5 sont destinés <sup>(2)</sup>		
<input type="checkbox"/> à l'usage officiel	<input type="checkbox"/> à l'usage privé	
<input type="checkbox"/> d'une mission diplomatique étrangère	<input type="checkbox"/> d'un membre d'une mission diplomatique étrangère	
<input type="checkbox"/> d'une représentation consulaire étrangère	<input type="checkbox"/> d'un membre d'une représentation consulaire étrangère	
<input type="checkbox"/> d'un organisme européen auquel s'applique le protocole sur les privilèges et immunités de l'Union européenne		
<input type="checkbox"/> d'un organisme international	<input type="checkbox"/> d'un membre du personnel d'un organisme international	
<input type="checkbox"/> les forces armées d'un État partie au traité de l'Atlantique Nord (forces OTAN)		
<input type="checkbox"/> les forces armées du Royaume-Uni stationnées sur l'île de Chypre		
(nom de l'organisme) (voir case 4)		
b) que les biens et/ou les services décrits à la case 5 sont conformes aux conditions et aux restrictions applicables en matière d'exonération dans l'État membre mentionné à la case 1, et		
c) que les informations figurant ci-dessus sont exactes et sincères.		
L'organisme ou le particulier exonérable s'engage par la présente déclaration à verser à l'État membre à partir duquel les biens ont été expédiés ou à partir duquel les biens ont été livrés et/ou les services ont été prestés la TVA et/ ou les droits d'accise qui seraient exigibles si les biens et/ou les services n'étaient pas conformes aux conditions d'exonération et/ou s'ils n'étaient pas utilisés de la façon prévue.		
Nom et qualité du signataire		
Lieu, date	Signature	
<b>4. CACHET DE L'ORGANISME (en cas d'exonération pour usage privé)</b>		
Lieu, date	Cachet	Nom et qualité du signataire
		Signature



## Notes explicatives

1. Pour l'assujetti et/ou l'entrepositaire agréé, le présent certificat sert d'attestation pour l'exonération fiscale des livraisons de biens et des prestations de services ou des expéditions de biens aux organismes et aux particuliers visés à l'article 151 de la directive 2006/112/CE et à l'article 13 de la directive 2008/118/CE qui peuvent être admis à en bénéficier. En conséquence, un certificat est établi pour chaque assujetti/entrepositaire. De plus, l'assujetti/l'entrepositaire est en outre tenu de conserver ce certificat dans ses livres, conformément aux dispositions législatives applicables dans son État membre.
2.
  - a) Le papier à utiliser doit répondre aux spécifications générales établies au *Journal officiel des Communautés européennes*, C 164 du 1.7.1989, p. 3.  
  
Le papier doit être de couleur blanche pour tous les exemplaires et son format doit être de 210 sur 297 millimètres, une tolérance maximale de 5 millimètres en moins ou de 8 millimètres en plus étant admise en ce qui concerne la longueur.  
  
En cas d'exonération des droits d'accise, le certificat d'exonération est établi en double exemplaire:
    - un exemplaire est à conserver par l'expéditeur,
    - l'autre exemplaire doit accompagner la circulation des produits soumis au droit d'accise.
  - b) Tout espace inutilisé dans la case 5 B doit être barré, de manière à ce qu'aucune mention ne puisse y être ajoutée.
  - c) Le document doit être rempli lisiblement et de manière à rendre indélébiles les indications qui y figurent. Les effacements ou ratures ne sont pas autorisés. Le document doit être rempli dans une langue reconnue par l'État membre d'accueil.
  - d) Si la description des biens et/ou des services (case 5 B du certificat) renvoie à un bon de commande établi dans une langue non reconnue par l'État membre d'accueil, l'organisme ou le particulier exonérable doit en joindre une traduction en annexe.
  - e) Par ailleurs, si le certificat est établi dans une langue non reconnue dans l'État membre de l'assujetti/l'entrepositaire, l'organisme ou le particulier exonérable est tenu d'y joindre une traduction des informations relatives aux biens et aux services figurant à la case 5 B.
  - f) On entend par "langue reconnue" une des langues officiellement utilisées dans l'État membre ou toute autre langue officielle de l'Union que l'État membre déclare pouvoir être utilisée à cette fin.
3. Par la déclaration prévue à la case 3 du certificat, l'organisme ou le particulier exonérable fournit les informations nécessaires à l'examen de la demande d'exonération dans l'État membre d'accueil.
4. En apposant son visa à la case 4 du certificat, l'organisme confirme les informations figurant aux cases 1 et 3 a) du document et certifie que le particulier exonérable fait partie de son personnel.
5.
  - a) Le renvoi au bon de commande (case 5 B du certificat) doit mentionner au moins la date et le numéro de la commande. Le bon de commande doit contenir tous les éléments qui figurent à la case 5 du certificat. Si le certificat doit être revêtu du cachet de l'autorité compétente de l'État membre d'accueil, le bon de commande doit également en être muni.
  - b) L'indication du numéro d'identification en matière d'accise défini à l'article 22, paragraphe 2, point a), du règlement (CE) n° 2073/2004 du Conseil du 16 novembre 2004 relatif à la coopération administrative dans le domaine des droits d'accise est facultative; l'indication du numéro d'identification TVA ou d'enregistrement fiscal est obligatoire.
  - c) Les devises doivent être indiquées au moyen d'un code à trois lettres conforme à la norme internationale ISO 4217 établie par l'Institut international de normalisation<sup>1</sup>.
6. La déclaration susmentionnée de l'organisme ou du particulier exonérable doit être certifiée à la case 6 par le cachet de l'autorité compétente de l'État membre d'accueil. Celle-ci peut subordonner son approbation à l'accord d'une autre autorité du même État membre. Il appartient à l'autorité fiscale compétente d'obtenir cet accord.
7. En vue de simplifier la procédure, l'autorité compétente peut dispenser l'organisme exonérable de l'obligation de demander le cachet en cas d'exonération pour un usage officiel. L'organisme concerné doit signaler cette dispense à la case 7 du certificat.

---

<sup>1</sup> À titre indicatif, voici certains codes de devises actuellement en vigueur: EUR (euro), BGN (lev bulgare), CZK (couronne tchèque), DKK (couronne danoise), GBP (livre sterling), HUF (forint), LTL (litas), PLN (zloty), RON (leu roumain), SEK (couronne suédoise), USD (dollar des États-Unis).